

Sozialdemokrat

Zentralorgan der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Kaufstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Wahltag in England.

Vor Freitag nachmittag keine sicheren Resultate.

London, 29. Mai. (Eigenbericht.) Der letzte Tag des Wahlkampfes ist wie die vorhergehenden ohne Hebererregung verlaufen. Von seiner Seite ist der Versuch unternommen worden, nach dem Muster der Wahlen von 1924 in letzter Stunde eine Panikstimmung zu erzeugen. Die „Daily Mail“, die damals durch die Veröffentlichung und vorhergegangene Verjeinerung des Sinowjew-Briefes an einzelne Redaktionen einen Stimmenumschwung gegen die Arbeiterpartei in den letzten 48 Stunden herbeigeführt hatte, begnügt sich diesmal mit der Veröffentlichung eines nichtsfagenden Artikels ihres Herausgebers Kothermeere, worin dieser seine Leser auffordert, gegen die Arbeiterpartei zu stimmen, und im übrigen seiner Befriedigung darüber Ausdruck gibt, daß das Resultat der Wahlen zu einer Minderheitsregierung führen dürfte.

Die Wahl selbst beginnt morgen, Donnerstag, in einzelnen proletarischen Bezirken bereits um 7 Uhr morgens und dauert bis 8 oder 9 Uhr abends. Infolge der großen Vermehrung der Wählerzahl gegenüber 1924 und des späteren Wahlbeginns wird im Laufe der Nacht von Donnerstag auf Freitag lediglich etwa ein Drittel der Wahlresultate bekanntgegeben werden. In einigen Wahlkreisen wird die Stimmenzählung erst Freitag früh beginnen, so daß eingetragene verlässliche Wahlresultate erst Freitag nachmittags vorliegen dürften.

Das endgültige belgische Wahlresultat.

Brüssel, 29. Mai. Nachdem auch die noch ausstehenden Wahlresultate eingegangen sind, ergibt sich in dem Stimmverhältnis der Parteien in der neuen Kammer folgendes Bild: Katholiken 76 (gegenüber 78 bei den Wahlen von 1925), Sozialisten 70 (früher 78), Liberale 28 (früher 23), Frontisten 11 (früher 6), Kommunisten 1 (früher 2), Unabhängige 1 (früher 0). Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt 187.

Der Senat hat sich in bezug auf die Katholiken und die Liberalen nicht geändert. Die Sozialisten mußten drei Sitze an die Frontisten abgeben.

Der neue Zentralvollzugsausschuß der GGBA.

Moskau, 29. Mai. (Tag.) In der ersten Sitzung des neu gewählten Zentralvollzugsausschusses der KZRA wurde das aus 27 Mitgliedern bestehende Präsidium gewählt. Zum Vorsitzenden des Zentralvollzugsausschusses wurde Kallinin, zum Vorsitzenden des Volkswirtschaftsdepartaments Khow gewählt. Seine Stellvertreter sind Rudjutal, Erdimontidie und Schmidt. Volkskommissar für Ackerbau wird Schirsherin, Volkskommissar für Schweres Wozschlow, Volkskommissar für Verkehr Rudjutal, Handelskommissar Mikojan, Finanzkommissar Brjuchanow, Volkskommissar für Post und Telegraphen Antipow, Volkskommissar für Arbeiten Urganow. Zum Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsdepartaments wurde Kuzinow, zum Volkskommissar der Arbeiter- und Bauerninspektion Erdimontidie und zum Leiter der statistischen Zentralverwaltung Wisjutin gewählt.

Gunjatten-Fest in Nanjing.

Definitive Beisetzung des chinesischen Nationalhelden.

London, 29. Mai. „Times“ meldet aus Shanghai: Gestern traf der in weißen, blauen und goldenen Farben gehaltene Sonderzug mit der Leiche des Nationalhelden Gunjatten in Fukau gegenüber Nanjing ein. Familienangehörige und Staatsminister trugen den Sarg auf den Bahnsteig, wo ein Altar errichtet war. Es folgte eine Zeremonie, die aus einem drei Minuten währenden Schweigen bestand. Die Witwe Gunjattens war anwesend. Später wurde der Sarg auf einem Kanonenboot über den Yangtse geführt, während die Forts 101 und die ausländischen Kriegsschiffe 21 Kanonen abfeuerten. Die Leiche wird jetzt drei Tage lang im Hauptquartier der Zentralpartei des Kuomintang aufbewahrt bleiben. Staatsminister werden die Ehrenwache halten und das Publikum wird zugelassen werden. Dann erfolgt die endgültige Beisetzung.

Bedeutende Fortschritte in Paris.

Die Alliierten kehren zu den Annuitäten des Youngplans zurück.

Paris, 29. Mai. Heute abend ist folgendes von den Delegationen gemeinsam verabredetes Kommuniqué ausgegeben worden: Die Sachverständigen der Gläubigermächte und die deutschen Sachverständigen haben sich schon seit einiger Zeit bereit erklärt, die Annuitätssätze von 2050 Millionen Mark, wie sie vom Vorsitzenden Young vorgeschlagen ist, anzunehmen, obwohl bezüglich einiger Auslegungsfragen noch Meinungsverschiedenheiten bestanden. Diese Meinungsverschiedenheiten sind jetzt geklärt und eine Auslegung, die sowohl für die Gläubiger wie für die, vorbehaltlich allerdings der Einigung über die ungelärten Bedingungen, deren Entscheidung noch offen steht.

Berlin, 29. Mai. Die Pariser Nachrichten über die Reparationsverhandlungen lauten heute nach längerer Zeit wieder einmal sehr optimistisch. Es wird sogar angekündigt, daß man das Ende, und zwar ein glückliches Ende der Reparationskonferenz, schon Ende dieser Woche erwarten könne, wenn nichts Unvorhergesehenes eintritt. Den Grund für diesen Optimismus sieht man in der abermaligen Aktivität des amerikanischen Delegierten Owen Young, der neuerlich in die Verhandlungen eingriff und die Überwindung des toten Punktes erreichte, auf dem man in der Sifferfrage angelangt war.

Den Meldungen der Blätter zufolge besteht zwischen dem deutschen Standpunkte und dem Standpunkte der Gläubiger nur noch ein Unterschied von 53 Millionen Mark jährlich. Das Kompromiß, das ein endgültiges Abkommen ermöglicht, würde darin bestehen, daß Deutschland, wie bisher keine Leistungen nach dem Dawesplan bis zum ersten September d. J. und außerdem mit rückwirkender Kraft vom 1. April auch nach dem Plane Youngs

zahlen würde, so daß es für diese fünf Monate eine doppelte Annuität abführen würde.

Die Frage des Erfolges der Befragungsgesellen wird wahrscheinlich ebenso wie die Frage der belgischen Ansprüche für die von Deutschland während des Krieges in Belgien ausgegebenen Markbanknoten einem Abkommen der Regierungen überlassen werden. Desgleichen soll die Frage der letzten 21 deutschen Noten (vom 38. bis 58. Jahre), für die bekanntlich die deutsche Delegation die Einrechnung der Reparationen der Nachfolgestaaten, besonders der Tschechoslowakei und Polens reklamierte, aufgeschoben und einem Abkommen der Regierungen vorbehalten werden.

Was die deutschen Vorbehalte betrifft, die von den Gläubigern abgelehnt wurden, wird gleichfalls an einem Kompromiß gearbeitet und es bestehen Aussichten auf Erfolg. Die Berliner Blätter sehen es daher als wahrscheinlich an, daß die Konferenz in einigen Tagen zu einem einheitlichen Verdict gelangen wird, der den beteiligten Regierungen zur Beratung und Annahme empfohlen werden wird.

Wehrprogramm mit 244 gegen 147 Stimmen angenommen.

Auch der parlamentarische Rechenschaftsbericht Breitschelds genehmigt.

Magdeburg, 29. Mai. (Eigenbericht.) Der Parteitag hat am Schluß der Wehrdebatte den Antrag auf nochmalige Ausschüßberatung mit 225 gegen 166 Stimmen abgelehnt und darauf den revidierten Entwurf der Wehrkommission mit 244 gegen 147 Stimmen angenommen. In der Debatte vertrat Seeger, dessen die rein pazifistische Richtung. Er will, daß die Partei die volle Abrüstung propagiere, ohne Rücksicht darauf, was die anderen Staaten tun. Gdstein vertritt die völlige Vaterlandlosigkeit des Proletariates, bleibt mit dieser Ansicht jedoch allein. Crispian rückt von ihm ab und erklärt seinen oft mißbrauchten Anspruch von der Menschheit als seinem Vaterland: Sein Glaube sei der, daß die jetzigen Vaterländer des Kontinents genau wie einst die deutschen Vaterländer in ein neues großes Vaterland aufgehen werden. Dann sprachen zwei Jüngere, Hausbach-Hamburg für die Richtlinien des Wehrausschusses, Schuhmacher, Stuttgart ebenso temperamentvoll für die Vertagung. Seevering sprach als hundertprozentiger Praktiker: Da steht die Reichswehr, wir müssen sie für die Republik und

die soziale Demokratie erobern. Bei der Abstimmung ließ die Opposition um Levy erklären, daß sie dem Berliner Rückverwehungsantrag zustimme.

Nach Erledigung der Wehrdebatte erstattete Breitscheld das Referat über

die Politik der Reichstagsfraktion.

Er bejaht die Koalitionspolitik, aber er zieht ihr auch die Kreuzen, Demonstrationen weislich erhalt er, als er dem Angriff auf die Arbeitslosenversicherung und den Forderungen auf Jollerhöhen entgegensteht: Was hierher und nicht weiter! Da hört die Koalition auf und die Opposition beginnt. Zum Schluß sagt Breitscheld: Keine Katastrophopolitik, Vertagung tut not; darum gehen wir den dornenvollen Weg in die Regierung. Weniger Resolutionen und mehr Resoluitheit. Die Mehrheit des Parteitages deckt diese Politik.

Nachdem noch Hoffmann-Ludwigshagen die Not des besetzten Rheinlandes geschildert hat, fordert der Parteitag in einer einstimmigen Entschliessung dessen Räumung.

Kemal rüstet.

Stambul, 28. Mai. (Eig. Draht.) Der nach Italien vergebenen neuen türkischen Kriegsschiffbestellung wird hier große Bedeutung beigegeben. Es handelt sich um zwei Torpedoböge von je 1700 Tonnen und zwei Unterseeboote von 650 bzw. 900 Tonnen sowie mehrere Küstenwachboote, die mit Geschützen armiert sein sollen. Es lagen englische, französische, amerikanische und italienische Angebote für die Lieferung vor. Den Ausschlag für die Vergabe des Auftrags nach Italien gaben die günstigen italienischen Zahlungsbedingungen. Der Auftrag hat einen Wert von 30 Millionen Mark. Die Türkei wird bis zur Ablieferung der Schiffe, die nach 22 Monaten erfolgen soll, gar nichts, am Tage der Ablieferung 15 v. H. des Gesamtpreises und den Rest in 8 gleichen Annuitäten zu zahlen haben. Die Zahlungsbedingungen sind durchaus ungewöhnlich und im freien Weltverkehr mit orientalischen Staaten nicht gebräuchlich. Es besteht kaum ein Zweifel, daß dies außerordentlich italienische Entgegenkommen beim letzten Besuch Kemal Pashas in Rom vereinbart worden ist: Italien, das die Türkei zur Verhandlung mit Griechenland drängt, bemüht sich eben, den Türken ihren voraussetzlichen Verzicht auf gewisse Ansprüche an Griechenland durch anderweitige Kompensationen leichter zu machen. Die Langfristigkeit der Zahlungsbedingungen läßt auch erkennen, daß Mustafa die junge tur-

kisch-nationalistische Freundschaft auf mindestens ein Jahrzehnt für dauerhaft hält.

Die türkische Flotte zählt bereits jetzt außer dem Kreuzer „Mehmedia“ und dem im Tod liegenden Kreuzer „Hamidie“ 1 Unterseeboote, 3 Torpedos und 7 Kanonenboote. Weiter steht der ehemals deutsche Schlachtkreuzer „Goeben“ kurz vor der Wiederherstellung; das Schiff wird vollkommen neu armiert und soll eine Geschwindigkeit von 29 Seemeilen haben. Mit Fertigstellung der „Goeben“ wird die türkische Kriegsslotte die stärkste nicht nur im Schwarzen, sondern auch im Ägäischen Meer und ist nur noch von der Flotte einer Großmacht zu schlagen.

Todesurteil gegen drei spanische Offiziere

Paris, 29. Mai. „Le Journal“ meldet aus Madrid, daß der Prozeß gegen die Offiziere des leichten Artillerieregimentes in Ciudad Real, die des Aufstandes angeklagt waren, nach fünfjähriger Verhandlung zu Ende geführt wurde. Nach einer volle 21 Stunden dauernden Beratung fällt das Kriegsgericht gestern nachmittags das Urteil, demzufolge drei der Angeklagten zum Tode und acht zu lebenslänglichem Kerker verurteilt werden, während die übrigen freigesprochen wurden.

Man ist allgemein der Ansicht, daß, auch wenn das Urteil von der vorgesezten Militärbehörde bestätigt wird, die Regierung vor der Urteilsvollstreckung dem König ein Amnestie-Dekret zur Unterzeichnung vorlegen werde.

Konsequenz ist eine Zier...

Am Anfang war die Entösterreichung. Das ist aber, als läge es schon hundert Jahre zurück. Zusammenfassend waage kaum noch jemand, dieses Wort zu strapazieren. Welche Gefühle müssen wohl jene tschechischen Legionäre empfinden, die, um das alte Oesterreich zu zerstören, ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben und jetzt die Wirklichkeit mit dem enträumten Ideal verwechseln! Wenn sie leben, wie wir einst aus dem Geist des Oesterreichertums heraus, seit Jahren und insbesondere seit der Herrschaft des Bürgerblods mit vollen Segeln in ein Heberösterreichertum hineingesteuert werden! Was hat außer der größeren Bereicherungsmöglichkeit der dünnen Schicht der tschechischen Bourgeoisie das tschechische Volk durch den Umsturz bisher gewonnen? Die demokratische Verfassung ist eine ebenso erbärmliche Leutüre geworden, wie es die österreichische war, praktisch genommen war und ist ihr Wert nicht unähnlich. Die ungelöste und nicht zu lösende Frage in Oesterreich war die nationale, sie erhebt sich auch bei uns der allerbesten Gesundheit und wenn man das Verhalten der meisten Parteien und verantwortlichen Faktoren beobachtet, könnte man daran bezweifeln, daß sie jemals ihre Lösung finden wird. Räumlich aus der inneren Erkenntnis der Konwendigkeit heraus. In Oesterreich war das Parlament eine Dekoration, bei uns wird es wie ein Schuhlappen behandelt. Vom politischen „Niveau“ gar nicht zu sprechen. Als wir noch von Wien aus regiert wurden, war der Bürokratismus ein Fluch, das auf den Bürgern lastete, er ist leichter nur noch drückender, amüßender und nicht gerade geistvoller geworden. Vergleichlich mit unserer Zensur war mit Ausnahme der Kriegszeit die Zensur in Oesterreich schüchtern und zaghaft zu nennen. Oesterreich hatte Landtage, in denen Befürworter von Verfassungen laßen — kann jemand behaupten, daß es da vor uns etwas voraus hatte? Entösterreichung? Betrachten wir nur einmal das Gemeindefinanzzweck, das der kommunalen Selbstverwaltung den Lebensatem abnimmt. Es bedeutet in der Tat ein weitenweites Abrücken von Oesterreich, denn nie wäre dort ein solches Gesetz, gegen das in der hierzulande üblichen Konsequenz jetzt übrigens sogar keine unregelmäßigen Väter, die tschechischen Agitatoren, Stellung nehmen und keine Abänderung fordern, möglich gewesen! Das ist aber auch die einzige Art der Entösterreichung, auf die wir zurückblicken können. Das Gebiet der Verwaltung der Krankenversicherung war Domäne der versicherten Arbeiter. Heute ist die Verwaltung der Krankenversicherungsanstalten den Händen und dem entscheidenden Einfluß der Arbeiterüberhand entzogen. Dem alten Oesterreich voraus haben wir das Territorium, das Preßgesetz, das jedem Schreier eine nie verlassende Rückendeckung ist, das verböhrte Preßgesetz. Das sind geringe zu wertende Beweise für die Entösterreichung. Die bürgerlichen Demokraten haben eben, je größer ihr Einfluß im Staatsleben wurde, Konsequenz nur in einem bewiesen, konsequent dahin zu streben, das alte Oesterreich, dessen Sturz an jedem 28. Oktober feierlich gefeiert wird, zu überempfen.

In Konsequenz der Entösterreichung wird nun von der Bürgerblodmehrheit ein Ordensgesetz vorbereitet, das im verfassungsmäßigen Ausschuss des Abgeordnetenhauses bereits zur Verhandlung steht. Der Staatspräsident wird darnach einen neuen Wirkungskreis erhalten, von dem in der Verfassung noch mit keinem Worte die Rede ist, er wird für „Tapferkeit vor dem Feinde“ — welche Erinnerungen werden doch in uns wach! — und für Verdienste um den Staat an Au und Ausländer Orden verleihen können. Was wird uns dann noch fehlen, um uns ganz wie in Oesterreich zu Hause zu fühlen? Der Adel? Der wird wohl auch nicht mehr lange auf sich warten lassen, in den Reichsgüterbesitzern sind schon seine Embrios wahrzunehmen. Nach allen Erfahrungen zu schließen,

man denke beispielsweise an die Ernennungen für die Landes- und Bezirksvertretungen, wird die Verteilung der glänzenden Plechstücke, Orden genannt, nicht nach Maßgabe der Verdienste um den Staat, sondern nach dem Parteienklausel erfolgen. Der demokratische Staat wird damit eine weitere Stufe in den Himmel des alten Oesterreich, zu dem wir konsequent emporsteigen, erhalten, er wird Staatsbürger erster und zweiter Güte schaffen. Die Einen, die vagenheimlich stolz auf die ordenlose Menge herabspucken werden, die Anderen, denen schon durch ihre Ordenslosigkeit ihre Minderwertigkeit zum Bewußtsein gebracht wird. Um den Besitzenden die Erlangung eines Ordens zu erleichtern und um zu verhindern, daß die geachteten Plechstücke nicht an den Hüften von Unwürdigen gelapen, wird die Annahme eines heimischen oder fremdländischen Ordens von der Zahlung einer Taxe bis zu 20.000 Kronen abhängig sein, was so viel heißt, daß sich die Besitzenden einen Orden, sei es nun ein hiesiger oder ausländischer, werden kaufen können. Die dazu gehörigen „Verdienste um den Staat“ werden nicht schwer zu beschaffen sein. Oesterreich ist tot, es lebe Oesterreich! Wenn eine Demokratie etwas wert sein soll, muß sie konsequent sein. Und das kann man von unseren Entösterreichern doch sicher behaupten!

Es geht im politischen Leben unseres Staates auch sonst sehr konsequent zu. Eines Tages wird von den Agrariern das alleinige Recht reklamiert, dem Staate die Gesetze zu geben, die nichtagrarische Bevölkerung kurz und bündig als parasitär erklärt. Durch den Mund eines agrarischen aktiven Ministers, dem ein augenblicklich inaktiver Minister das Konzept dazu beigegeben hatte. Manche wöhlen nicht glauben, daß Svehla, der Sanfte, imstande wäre, so ägendes Drahtgitter von sich zu geben und damit den Großteil der Bevölkerung zu bespöthen. Dierzehn Tage lang wird dann parteioffiziös erklärt, ja so sei eben Svehla und so seien die Agrarier, das heißt hundertprozentig und nichts könne von dem Gefassten zurückgenommen werden. Plötzlich steht ein anderer agrarischer inaktiver Minister und führt auf der Tribüne des Parlaments und sagt: „Kinder, gehn wir nach Hause, es mar nichts, Svehla hat nie gesagt, was man von ihm behauptet, es steht ihm, dem konsequenten Demokraten, auch gar nicht ähnlich.“ Die faschistische Ertrator der Agrarier ist vorläufig beendet, morgen werden sie dem Gesetz der Konsequenz zufolge wieder den Demokratenhut aufsetzen.

Konsequenz auch bei den deutschen Bundesgenossen der tschechischen Agrarier. Spina und Marting überraschen plötzlich die Welt mit einer Erklärung, in der sie eine weitgehende Garantie des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund als „stets geboten“ bezeichnen und sich „voll und ganz“ hinter die dem Nationalitätenkongress von dem Dreierkomitee des Völkerbundrats überreichten Verbesserungsvorschläge stellen. Die Erklärung enthält das offene Eingeständnis, daß die fast dreijährige Mitarbeit der deutschböhmischen Aktivisten in nationaler Beziehung vollständig verfaßt hat und daß „voll und ganz“ eigen-

lich nur auf Hilfe von auswärts gerechnet werden könne. Vorher wurde von den deutschen Aktivisten das Ausland fast drei Jahre hindurch in dem Glauben bestärkt, daß unter ihrer Mitregierung der nationale Ausgleich rüstig vorwärtschreite. Drei Jahre Lug und Trug, um den Charakter des tschechisch-deutschen Regierungsbündnisses als dem einer internationalen bürgerlichen Verschwörung gegen das arbeitende Volk zu verkleinern. Die Koalition wankt, da ist es Zeit, sich der alten deutschen Bardengesänge zu erinnern. Die Koalition scheint sich herausgestellt zu haben, daß die das Krankenlager der Koalition umstehenden Ärzte ihr noch ein Fründchen Lebenshoffnung zusprechen und so tatllet Herr Spina in germanischer Konsequenz um. Und er erklärt, elf Tage nach der „Voll- und Ganz-Erklärung“, weder Deutschland, noch Oesterreich könne uns

Am unsere Gemeinden.

Heute treten in Reichenberg die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktionen unserer Gemeinden zu einer für die arbeitende Klasse wichtigen Beratung zusammen.

Es sind gerade zehn Jahre her, seitdem die Arbeiterschaft in den Gemeindevertretungen ihren Einzug gehalten hat. Jahrzehntelang haben die bürgerlichen Parteien die Demokratisierung der Gemeinden verhindert, jahrzehntelang wurde in den Gemeinden über die Arbeiter ohne die Arbeiter entschieden. Erst die gewaltige Umwälzung, welche der Krieg im Denken der Menschen hervorgerufen hat, hat zur Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes in den Gemeinden geführt. Es ist nicht unangebracht, daran zu erinnern, welsch großer geschichtlicher Fortschritt das Eindringen der Arbeitervertreter in die Gemeinden war. Für unsere Väter und Großväter schien es ganz undenkbar, daß ein Arbeiter aus dem Betrieb gleichzeitig die Gemeinde mitverwalten oder gar Gemeindevorsteher werden könne. Es war eine hochbedeutende Tatsache, als im Jahre 1910 nach den ersten Wahlen in die Gemeindevertretungen Angehörige der arbeitenden Klasse die Leitung der Gemeinden in die Hand nahmen.

Es war für unsere Gemeindefunktionäre keine leichte Arbeit, sich nun in der Gemeindeverwaltung zu betätigen. Die Klaffen der Gemeinden waren leer, die bürgerlichen Parteien hatten das Geld der Gemeinden zur Zeichnung von Kriegsanleihe benützt. Dabei hatten unsere Genossen in den Gemeinden Großes vor. Getreu unserem Programm waren wir bestrebt, die Gemeinden zu Werkzeugen des sozialen Fortschritts zu machen, die Gemeindeverwaltung im Interesse der ärmeren Volksschichten zu führen. Wenn wir heute auf die geleistete Arbeit zurückblicken, können wir mit den der sozialdemokratischen Arbeiterpartei angehörenden Gemeindevorsteher voll auf zufrieden sein. Sie haben einen neuen Geist in die Gemeinden gebracht, sie haben einen neuen Prinzip zum Durchbruch verholfen: der sozialen Verwaltung. Mit sorgfältigen Mitteln haben wir sozialistische Aufbauarbeit in den Gemeinden geleistet und im Interesse der sozial Schwachen Fürsorgearbeit getrieben.

helfen, nur eine „vernünftige“ Anwendung unserer eigenen Kraft. Wie die vernünftige Anwendung zu erfolgen hat, haben die deutschen Regierungsparteien drei Jahre lang gezeigt. Das nationale Selbstbewußt ist aus, Spina und Marting ziehen sich bis auf weiteres in die Reserve zurück, aus der sie erst wieder, wenn Notwendigkeiten sich ergeben, mit teuflischem Grimme hervorbekuchen werden. Vorläufig hat Herr Spina für seine Betätigung als „junger verlorener Sohn von den Narodni Listy“ eine Belohnung für seine Konsequenz einen Einzer erhalten . . .

Und so leben wir alle Tage. Es geht nichts über die Konsequenz und Charakterfestigkeit der bürgerlichen Politik, die unter Variierung eines Versehens von Wilhelm Büsch nach dem Grundsatz vorgeht: Konsequenz ist eine Bier, doch weiter kommt man ohne ihr

Allerdings sind die Schwierigkeiten, die sich dem Wirken von Sozialdemokraten in den Gemeinden entgegenstellen, in den letzten Jahren außerordentlich gewachsen. Eine fernere Zeit wird ein noch vernichtenderes Urteil über jenes Gesetz fällen, welches ein Hemmschuh in der Entwicklung unserer Gemeinden ist, als wir es bisher in unserer Presse getan haben. Immer mehr dringt auch in anderen Parteien durch, was wir von Anfang an gesagt haben, daß insbesondere das Gesetz über die Finanzen der Selbstverwaltungskörper der schwerste Schlag ist, den unsere Gemeinden seit dem Siege der bürgerlichen Revolution im Jahre 1848 verkehrt erhalten haben. Insbesondere die soziale Fürsorge, welche von unseren Gemeinden ausgeübt wurde, ist bedroht. Selbst wenn in den Voranschlägen der Gemeinden noch größere Summen für diesen Zweck bereitgestellt werden, werden diese von den Bezirks- und Landesämtern gestrichen. Die finanzielle Selbstständigkeit unserer Gemeinden ist aufgehoben, die Selbstverwaltung ist dahin.

Es wird die Aufgabe der heute zusammen tretenden Konferenz unserer Gemeindevorsteher sein, dies auszusprechen und der Parteioffentlichkeit ebenso wie der ganzen Bevölkerung zu zeigen, welches Verbrechen an unseren Gemeinden und damit an der arbeitenden Klasse verübt wurde. Wir werden aber auch auf der Konferenz versuchen, auszusprechen, was geschehen muß, um diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu setzen. Die deutschen Sozialdemokraten haben in der Landesvertretung bereits einen Antrag durchgesetzt, wonach der Landesauschuß das Material für eine Novellierung des Gesetzes über die Gemeindefinanzen sammeln soll, es ist zu hoffen, daß von den Landesvertretungen die Initiative zu einer der dringendsten Reformen ausgehen wird, welche im Interesse der Bevölkerung notwendig sind.

Ohne daß wir die Finanzen der Selbstverwaltungskörper auf eine neue und sichere Grundlage stellen, ist eine erfolgreiche Gemeindevertretung in Zukunft nicht möglich, den Gemeinden jene Mittel zu beschaffen, welche zur Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben unumgänglich erforderlich sind, ist eine der dringendsten Notwendigkeiten sozialdemokratischer Politik in diesem Lande.

Aus diesem Grunde wünschen wir den Beratungen unserer Gemeindevorsteherkonferenz im Interesse der arbeitenden Klasse den besten Erfolg!

Spina mit den zwei Gefächtern.

Wo steht er „voll und ganz“?

Der Herr Minister Spina hat wieder eine Lokalitätserklärung abgegeben. Sie ist augenscheinlich dazu bestimmt, den tschechischen Agrariern und Nationaldemokraten im Kampfe mit den tollgewordenen Nationalsozialisten gute Dienste zu leisten. Mit der Erklärung Spinns über den internationalen Minderheitenschutz verglichen, ergibt sie das Bild eines Politikers, der auf zwei Stühlen zu sitzen versucht. Hoffen wir, daß er zwischen ihnen durchfällt! Man vergleiche nur:

Spina am 25. Mai: Spina am 26. Mai:

„Daher sind unsere Grachten weder Minderheiten-Schubverteidiger, noch wesentliche Verbesserungen des Verfahrens in der Minderheitenfrage beim Völkerbund hergestellt worden. Wenn wir auch hoffen, daß es gelingen kann, das hiesige Nationalitätenproblem bei einigem guten Willen allmählich innerpolitisch zu lösen, so hängt das vor allem vom Entgegenkommen des tschechischen und slowakischen Volkes ab. Da man die Entwicklung in so schwierigen Fragen nie mit Sicherheit vorauslagen kann, so ist eine entsprechende verbesserte, weitgehende Garantie des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund stets geboten. Um zur Erreichung dieses hohen Zieles beizutragen, sind auch die deutschen Regierungsparteien zugleich mit den übrigen subtendeutschen Parteien im europäischen Nationalitätenkongress vertreten und stehen voll und ganz hinter den durch diesen Kongress dem bei der letzten Ratssitzung eingesetzten Dreierkomitee des Völkerbundrats überreichten Verbesserungsvorschlägen.“

Für zehn Tage eine ganz ansehnliche Schwankung! Am 15. Mai waren internationale Schutzverträge keineswegs überflüssig, am 26. Mai kann uns niemand helfen. Am 15. hoffte er höchstens auf das Gelingen einer innerpolitischen Lösung, am 26. genügt ihm die eigene Kraft. Damals stand er voll und ganz hinter den deutschen Vorschlägen, heute rät er den Deutschen, sich um den eigenen Bankrott zu kümmern. Damals schielte er merkbar nach Stresemann, heute schaut er frank und frei auf Bened. Damals wollte er Vertragsrecht, heute begnügt er sich mit einem illusorischen Naturrecht. Voll und ganz steht er auf dem Boden des

Copyright by Weltbild-Verlag, Berlin, durch Transatlantisch Radio, Wien.

Aufruhr im Warenhaus.

Von Manfred Georg. 40

„Und was gedenken die Herren gegen diese vielfachen Vertragsbrüche des Mister Brooker zu tun?“ fragte zusammenfassend W. T. Johnson.

„Ausschließen!“ schrie Carthill, „natürlich ausschließen und die vertraglich festgesetzte Strafe einlagern.“

Goldberg sah träumerisch nach der Decke: „Er wird sie zahlen, meine Herren. Wir können davon, wenn wir sie uns leisten, vielleicht jeder einen guten Einkauf in Schuhbändern machen. Ich will gewiß niemanden der Anwesenden kränken, und schließlich halte ich ja auch etwas von mir, aber wenn Sie Brooker ausschließen, was denken Sie sich dabei? Er wird doch nicht zu Kreuze kriechen. Seine Hilfsmittel sind größer als die unsrigen. Wir haben die Warenhäuser, er aber hat die Warenhäuser und die Rohstoffe.“

Piggins nickte: „Goldberg hat recht. So ist es nicht zu machen.“

W. T. Johnson, dem bei dieser ganzen Besprechung nicht sehr wohl war, obwohl er ihr Einberufer war, hieb in dieselbe Kerbe. „Wir wollen ihn vorladen. Er soll sich uns erklären. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Mann wie Brooker ohne die Spur eines Grundes oder einer Ankündigung sich plötzlich gegen uns wendet und seine Annoncen umdreht.“

„Aber dann schleunigst!“ Carthill trommelte erregt mit den Fingern auf die Tischplatte. „Schleunigst!“

Bei der Abstimmung ergab sich eine Mehrheit dafür, jede weitere Tätigkeit bis nach dem Vortrag Brookers aufzuschieben. Als die Teilnehmer aufbrachen, geschah es still und gedrückt,

und jeder ging getrennt, als läme er von einem Begräbnis. Goldberg stieß W. T. Johnson in die Seite.

„Es stinkt!“

„Was stinkt?“

Goldberg bewegte die Tragen, in Feit gepolsterten Schultern auf und nieder: „Weiß ich? Ich rieche das. Halten Sie Brooker für einen Idioten? Er weiß doch, was er tut. Sehen Sie mal her.“ Goldberg holte einen Brief aus der Tasche, zog Johnson in einen Fensterriss und gab ihn ihm.

Johnson stieß einen Ruf der Überraschung aus. „Aus Veracruz? Was hat das mit unserer Sache zu tun?“

Goldberg schwenkte das Papier überlegen in der Hand. „Vielleicht. Vielleicht auch nicht. Mein Warenwagen in Veracruz schreibt, es erregt dort Aufsehen, daß in den mexikanischen Ueberlandzentralen, die Brooker kontrolliert, mexikanische Obergeringiere eingestellt worden seien. Verstehen Sie das?“

Johnson sah ihn blöde und starb an. „Nein, Gott verdamm mich, das verstehe ich ebenso wenig, wie die Tatsache, daß er Leuten, die nichts mehr leisten, obendrein noch Geld zahlt. Bloß weil sie einmal etwas geleistet haben.“

„Sehen Sie!“ rief Goldberg.

„Na, was soll ich sehen?“

„Sie verstehen nicht, was Brooker tut, ich verstehe es auch nicht. Also wenn wir es beide nicht verstehen, muß es doch etwas ganz Gefährliches sein.“

„Also sind die Nachrichten jetzt eingetroffen?“ fragte der Vorsitzende der Amerikanischen Boden-Handels-Compagny, noch während er Hut und Mantel beiseite legte. Sein Eintritt in das Direktionszimmer der Nationalbank für auswärtige Interessen war so überstürzt, daß er die

Diener im Vorzimmer in ungewohnter, unhöflicher Weise übersehen hatte.

Der Banddirektor hob einen Zeigefinger auf zur Begrüßung. Er antwortete aber gar nicht erst, sondern entnahm keiner Wappe sofort mehrere gehäufte Briefbündel und schob sie dem Vorsitzenden hin. Der überlas sie und legte sie stumm auf den Schreibtisch zurück.

„Das ist niederschmetternd!“ Er schnappte nach Luft.

Der Direktor war der gleichen Meinung. Er wollte es nur noch nicht sofort eingestehen und wachte eigentlich auch nicht, was er dem anderen antworten sollte. Darum nahm er unwillkürlich aus der Zigarrenkiste eine Zigarre. Er pflegte sonst nie zu rauchen, sondern hatte sie nur zum Anbieten dort stehen. Er zündete sie sich sozusagen aus Versehen an. Gleich darauf bekam er einen starken Hustenanfall und warf die Zigarre in die Aschenschale.

„Begreifen Sie es denn?“

„Keineswegs. Brooker muß verrückt geworden sein.“

„Ich habe mir immer sagen lassen, daß Veracruz rüdt unforgische Dinge tun. Lesen Sie sich doch einmal die Berichte durch. Finden Sie darin irgend etwas Unlogisches? Er gibt plötzlich von seinem großen Grundbesitz Siedlungsland ab, und nicht bloß in Pacht, sondern er verkauft es. Er züchtet in Mexiko Kleinbauern, er züchtet in Bolivien Kleinbauern, er setzt einheimische Aufseher in die Peruanische Banf, er läßt die Aufseher von Arequipa nicht zusammenschließen, sondern auf seinen Pflanzungen beschäftigen, er baut für die nicaraguanische Regierung Aufstendampfer, die ja für die Nicaraguaner sehr angenehm sein müssen, unsere Dampferlinien aber schädigen, er stößt plötzlich die Liberalen in Costa Rica, so daß sie uns unseren konföderativen Präsidenten bereits gehent haben, bei dem wir Dollars genug springen lassen mußten, um uns die Bergwerksausbauung

zu sichern, ja, und dann lesen Sie doch hier einmal den Bericht über eine Sitzung, den mir einer meiner Beobachter im Sekretariat des Warenhausverbandes abgeschrieben hat. Brooker muß es darauf angelegt haben, auch seine eigenen Kollegen zugrunde zu richten.“

„Ihre Trittel scheinen sich ja ausgezeichnet zu bewahren.“

„Ich muß alles wissen. Aber bitte, lesen Sie.“

Der Vorsitzende las das mehrere Seiten lange Schriftstück. Je weiter er kam, desto ratloser wurden seine Mienen. „Ich muß gehen, jetzt begreife ich gar nichts mehr. Nur eins weiß ich, wir müssen handeln.“

„Handeln? Lassen Sie sich etwas merken, und Brooker setzt seinen Apparat in Bewegung. Er läßt ihn ein paar Tage spielen, und zum Schluß sind Sie zerquetscht. Erinnern Sie sich an den alten Harris, der vor zwei Jahren gegen ihn anwaltete? Nach einer Woche erlösch er sich in einer Telephonzelle der Börse. So geht das nicht.“

„Wie geht das denn?“

„Vielleicht werden wir das in einer Stunde wissen. Ich habe jemanden hierher gebeten.“

„Wen?“

„Einen Sachverständigen.“

„Sachverständigen? Ich denke doch immerhin, wir sind Sachverständige genug.“

„Ja, vielleicht für die Delgewinnung in Texas. Aber ich glaube, hier handelt es sich um eine andere Frage.“

„Also einen Arzt? Sie sagten doch, Brooker sei nicht verrückt.“

„Seine Macht ist so groß, daß es uns nicht viel nützen würde, zu wissen, ob er sie als ein Verrückter oder als ein Gesunder ausübt. Nein, ich habe den Professor Prescott von der Harvard-Universität hergebeten.“

(Fortsetzung folgt.)

Tagesneuigkeiten.

Bantenpaläste.

Ein Leser schreibt uns:
 Jede Bank zeigt den Ehrgeiz, möglichst prächtige Gebäude für ihre Zwecke zu bauen und durch ein repräsentatives Auftreten der Öffentlichkeit die solide Fundierung zu beweisen.
 Gewiß ist, daß das Strafenbild durch solche Prachtbauten gewinnt und reiche Unternehmungen die moralische Pflicht haben, zur Verschönerung der Stadt beizutragen. Zweckmäßigkeit mit einer gewissen Vornehmheit verbunden, wird immer im Interesse des ästhetischen Anblickes begrüßt werden müssen.
 Aber eine Frage drängt sich einem unwillkürlich auf: Woher nimmt die Bank das Geld? Wenn man erfährt, daß das neue Gebäude der Böhmisches Escomptobank und Creditanstalt mit 71 Millionen in Voranschlag steht, daher mit den üblichen Ueberschreitungen, Abfertigungen und Neueinrichtungen etwa 100 Millionen Kosten wird, so ist das die Hälfte des eingezahlten Aktienkapitals. Woher kommt dieses Geld? Wurden die Aktionäre verführt oder die Kunden übermäßig belastet? Eine solche Summe kann doch nicht ohne fühlbare Einbuße anderer Interessen „beiseite“ gelegt werden. Aber für all das ist auf einmal Geld da. Und doch hörte man gelegentlich der Verhandlungen über die Gehaltsfrage der Beamtenenschaft, daß die Bank leider nicht in der Lage sei, die berechtigten Forderungen der Beamten zu erfüllen, die drei Millionen Kronen auszumachen. 100:3! Die Fünfen des bei einiger Bauökonomie ersparten Kapitals reichen hin, den Beamten ihre Gehälter sicherzustellen und damit einen arbeitsfreudigen Stab von Mitarbeitern zu haben, eine nationalökonomische Weisheit, die sich immer bezahlt macht. Es ist schließlich ein Unterschied, ob diese Arbeit von zufriedenen, vor materiellen Sorgen geschützten Menschen oder von Krüppeln geleistet wird. Daher nochmals: Woher auf einmal das viele Geld für die neuen Paläste und wieso kein Geld für die nötigsten inneren Ausgaben?

Ann. d. Red.: Wir möchten dazu nur bemerken, daß die Bankbeamten von der Einlichkeit der Bankmagnaten nichts zu erwarten haben. Sie werden nie mehr bekommen, als sie zu erkämpfen imstande sind.

Balingen.

Die Frage, ob der Gutsherr Jacubowski den kleinen Ewald Rogens ermordet hat oder nicht, wird am 30. Mai Richter und noch nicht Gerichtete nach Balingen führen, in das harmlose, freundliche Dorf im Norden Neckenburgs, hart an der Grenze des böhmisches Freistaats. Mit roten Dächern, etwa zweihundert Einwohnern, einem Wirtshaus und vielen Hühnern liegt das Nest mehr im Frühling und auf der Landkarte als in der Welt, mit der es weder Bahn noch Bus und nicht einmal eine Landstraße verbindet. Die liegt überall Sand, und Blut, das hier vergossen wird, verfliehet rasch...
 Man trifft sich zum Lokaltermin an der Heideklate. Die Heideklate liegt am Eingang des Dorfes. Es ist das das Haus, in dem Jacubowski zum Freund und Botschafter des kleinen ermordeten Ewald Rogens geworden ist. Jetzt wird das Haus von den Eltern der Witwe Kreuzfeld bewohnt, die seit dem Wiederaufnahmeverfahren unter Verdacht steht und sitzt. Die Eltern sind aufgebracht und drohen mit Prügelein, wenn man ihr „Sus“ fotografiert. Das wäre doch noch genug andere „Susen“ im Dorf, die man fotografieren könnte. Aber sie wüßten schon ganz genau, warum man es gerade auf ihr „Sus“ abgesehen hätte... eine kleine Drehung nach Norden, und man erblickt von der Heideklate aus, wo Ewald Rogens wohnte, hinter Heide Feld und Baum die Gegend, wo der Korbschleifer Faust statt erschöpfter Kaninchen die Leiche des kleinen Knaben fand.
 Faust läßt sich ganz gern aufnehmen, aber die meisten anderen sind kameradschaftlich. Es ist schon einmal ein Photograph in Balingen gewesen, der gesagt hat, „es“ kostet nichts, und hinterher sollten alle bezahlen. Doch so viel Verühmtheit möglich ist, daß man unter Umständen fürs Gehauptwerden noch eine Flasche Bier draufgezahlt bekommen kann, will ihnen nicht in den Sinn.
 Wer eine gerichtliche Vorladung bekommen hat, hat sie natürlich bei sich und Stolz in sich. Ob man dem Jacubowski den Mord zutraue? Nein; ganz gewiß nicht, sagen sie alle. Das deckt sich mit dem, was wir jetzt wissen. Zeugengeld wird gezahlt, darüber sind sichere Erkundigungen eingegeben.
 Am Eingang des Dorfes hängt ein großes Schild: Hausbesuche verboten. Verpfändstation in Schönberg i. W. Schönberg liegt 23 Kilometer entfernt. Vagabunden, meidet Balingen! Briefe und Zeitungen kommen mit vierundzwanzigstündiger Verspätung an. Lustmorde haben freien Zutritt. Landarbeitersköpfe zählen die Hälfte. Erich Gottgetren.

Wieder ein Unglücksfall in Obell.

Ein Militärflugzeug bei einem Nachtflug zerstückt.
 Prag, 29. Mai. (Antlich.) Dienstag, den 28. ds., um 24 Uhr erlitt das Flugzeug A 15-8

bei Nachtübungsflügen auf dem Flugplatz Prag-Obell eine Havarie. Das Flugzeug stieß bei der Landung auf die Erde auf und wurde vollkommen zerstört. Der Pilot, Rottmeister Franz Kubitzky, erlitt ernste, jedoch nicht lebensgefährliche Verletzungen.

Die Moldauzeuner vor Gericht.

Kaschau, 29. Mai. Die heutige Verhandlung gegen die Moldauzeuner war dem Zeugenverhör und dem Fall der

Ermordung des Studenten Ondreča

aus Presov gewidmet. Gendarmeriestabskapitän Draxda, der den Fall untersucht hatte, legt dar, wie die einzelnen Angeklagten, hauptsächlich Fisse und Paul Rybar, freiwillige Geständnisse ablegten, wie Paul Rybar öfters gewohnt und in der Untersuchungshaft einen Selbstmord versucht habe, wie der Angeklagte Judal die Kommission an den Tatort führte, wo er eine genaue Darstellung der Einzelheiten gegeben habe, und sagte, daß Paul Rybar dem Ondreča mit der Gade einen Dieb verkäufte. Das fachärztliche Gutachten der Ondreča sezierenen Ärzte stellt fest, daß der unglückliche Knabe den ganzen Schädel zerstört hatte und daß jede Hilfe vergebens war.

Der Vorstand der Sicherheitsabteilung des Polizeikommissariats in Presov, Kovács, schilderte detailliert den Verlauf der ganzen Verfolgung und Gendarmeriewachmeister Horáček, der Mitglied der Erhebungscommission war, bestätigte die Aussagen des Stabskapitäns Draxda. Der Vertreter des Gefängnisarztes Dr. Pásek konstatierte, daß die Angeklagten auch während der Haft niemals darüber Klage geführt haben, daß sie geschlagen worden seien. Seine Aussage wird durch Konfrontierung mit den Angeklagten erhärtet. Damit ist die heutige Verhandlung beendet.

Auf der Anklagebank sitzen nurmehr 18 Angeklagte, da der Procurator Dr. Turčik die Strafverfolgung Vlador Kohn wegen dessen akuter Krankheit ausgeschieden hat. Nachmittags begaben sich die Geschworenen nach Presov, um bei dem neuerlichen Verhör von fünf Angeklagten am Tatorte anwesend zu sein.

Eine galizische Stadt eingedöhert.

Kemberg, 29. Mai. Heute nachmittags wurde das Städtchen Rizinow (Galizien) von einem Brand heimgesucht, der trotz der verzweifeltsten Anstrengungen von vier Feuerwehmannschaften der Umgebung das ganze Städtchen einäscherte. Der Brand brach in dem Bohnenhause eines Ukrainers aus und verbreitete sich infolge des heftigen Windes blitzschnell über die ganze Stadt. Nur das Bohnenhausgebäude konnte gerettet werden. 270 Wohnhäuser und sämtliche dazugehörigen Wirtschaftsgebäude sind ein Raub der Flamme geworden. Die Bevölkerung kampiert unter freiem Himmel. In dem Hause des Ukrainers besanden sich mehrere Handgranaten, die während des Brandes explodierten.

Ein Taifun fordert 110 Todesopfer.

Manila, 29. Mai. Nach hieher gelangten Meldungen hat ein Taifun am 24. d. M. auf der Philippineninsel Leyte große Verheerungen angerichtet. 110 Personen sind ums Leben gekommen. Die Arbeiten zur Wiederherstellung der Verbindungen in den von der Katastrophe betroffenen Gebieten sind im Gange.

Ueberfall auf einen Chauffeur.

Brünn, 29. Mai. In der Nacht auf Mittwoch mieteten zwei Männer den Chauffeur Anton Veselý zu einer Fahrt von Brünn nach Lishna. Hinter Brünn aber überfielen sie den Chauffeur und schossen ihn in den Kopf, wobei er schwer verwundet wurde. Der Chauffeur verlor die Macht über das Automobil und der Wagen fuhr in einen Graben, wo er sich überstürzte. Obwohl auf den Chauffeur noch einige Schüsse abgegeben wurden, gelang es ihm zu flüchten. Er kam bis in ein Gasthaus im Ort Latein, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde. Die Polizei stellte fest, daß es sich um militärische Deserteur, nämlich den 24jährigen Emil Linhart aus Vierzighuben und den 22jährigen Franz Bräuer aus Znaim handelt, die vom Artillerieregiment Nr. 6 in Brünn desertiert waren.

Auf Befessys Spuren. In der Nacht zum Mittwoch wurde eine in der Proseker Kolonie an der Peripherie Prags wohnende Beamtin auf dem Heimweg von einem Unbekannten überfallen und mißbraucht. Da sie während des Kampfes mit dem Manne das Bewußtsein verloren hatte und nachher über Schmerzen klagte, wurde sie ins Krankenhaus eingeliefert. Stiborůvs „Expres“, über dessen journalistische Manieren wir nun schon einigemal Bescheidens mitteilen konnten, berichtet über den Ueberfall natürlich ausführlich, erzählt, daß die Ueberfallene in einer „außergewöhnlichen Art“ mißbraucht wurde und nennt ihren vollen Namen mit folgenden weiteren Angaben: Alter, Beruf, Geburtsort, Heimatsbezirk, Wohnung, Hausnummer. Den Reim auf diese genaue „Arbeit“ der Stiborůvs-Journaliste wird sich der Leser selbst zu machen wissen. Wir können unferes famolen Preßgeschäftes wegen ja nicht mehr sagen, als daß bei Jiti Stiborůvs nicht immer die vollen Daten genannt werden, wenn es sich um derlei Dinge (und über andere berichtet er ja nicht) handelt. In diesem

Zusammenhang möchten wir daran erinnern, daß sich die Stiborůvs-Preße seinerzeit über unsere „Amoral“ maßlos aufgeregt hat, weil wir den Berliner Bankeinbruch satirisch kommentierten und in einer Glosse „Segen ist der Mühe Preis“ u. a. sagten: „Was dem einen sein Sase, ist dem andern sein Saucerstoffgebläse“. Man kann natürlich auch sagen: Was dem einen sein Sase, ist dem andern sein Revolber!

Auslandspropaganda. Im „Berliner Tgbl.“ berichtet S. Rudner über eine Reichsbannerfahrt nach Wien. Da kann man lesen: In der Tschechoslowakei sind Abzeichen und Fahnen verboten. Die Fahnentücher wurden mit Papppapier verhängt, und nun gab es eine Ueberfahung. In der Tschechoslowakei besteht eine Fahrkartensteuer, die auch von Omnibussen erhoben wird, und zwar 15 Heller für den Kilometer. Dies gilt auch für Lastwagentransporte. Es ergab sich also pro Kopf für die Durchfahrt der Tschechoslowakei ein Betrag von über 47 tschechischen Kronen, d. h. für die ganze Karawane von 650 Mark. Verblüffte Gesichter, peinliche Diskussionen, aber es mußte berappt werden. Die Fahrt durch die Tschechoslowakei war, was die Strafenverhältnisse anbetrifft, ein Grauen ohne Ende. Bis Prag die Strafen erbärmlich. Der Weg von Prag nach Jglau war das Tollste, was ich auf dem Balkan und in Uebersee je gesehen und erlebt habe. Die „Straßen“ ein Meer von Dreck und tiefem Rot, wenig oder gar keine Straßenschilder, dafür an jedem Ort eine Tafel mit „Auto pomalu“ (langsam fahren). Dies jedoch zum Schutz der Menschen und Häuser, die nicht gern den Straßendreck im Gesicht haben. Zwanzig Kilometer vor Jglau steigerte sich die Straßenscheußlichkeit zur Katastrophe. Ein Meer von Schmutz mußte genommen werden. Die Reichsbannerleute mußten absteigen, durch den Kot waten und schieben helfen. Die dortigen Wege können eigentlich nur mit Raupenschleppern durchfahren werden, und ich bedauerte, meine Schneeketten nicht mitgenommen zu haben, um einigen Haat in dem Morast zu finden. Es sei an dieser Stelle ausdrücklich gewarnt, diese Straßen zu passieren (lieber den Umweg über Passau nehmen), es sei denn, man trainiere für exotische Expeditionen. Der Einzug in Oesterreich bei Znaim war eine Erlösung. Die Straßen bis Wien immerhin über 70 Kilometer, in bestem Zustand, vielfach besser als bei uns.

Ueberflüssige Sorgen. In einem Leitartikel der „Landpost“ über die grüne Internationale heißt es:

„Das Schlagwort oder die Bezeichnung als „grüne Internationale“ stammt wohl kaum aus den Kreisen der Landwirtschaft oder der bäuerlichen Parteien. Diese, insbesondere aber der Führer der tschechischen Agrarpartei, der frönte Ministerpräsident Suchla, haben die Organisation nur gegründet und in die Welt gesetzt als „Internationale Agrarburcau“. Gestaut hat es dann die große Weltpresse und sie hat ihm kurz den Namen „grüne Internationale“ beigelegt, weil ihr das mit Rücksicht auf die rote, die schwarze, die goldene usw. Internationale so am besten geläufig war. In mancher Hinsicht mag der Name stimmen, aber nicht in allem. Insbesondere ein Unterschied sei hervorgehoben, der von allem Anfang an betont wurde, und der auch in sämtlichen Berichten des nun berendigten ersten Kongresses des Agrarburcaus zum Ausdruck kam: die neue Internationale ist keine revolutionäre Organisation, die einen Umsturz der Gesellschaftsordnung herbeiführen möchte.“

Es hat auch niemand das Gegenteil vermutet!

„Faschisten, Hosen herunter!“ Die Triestiner sparen nicht mit Wipen gegen den Faschismus, unter dem sie zu leiden haben. So schrieb eines Tages ein Unbekannter an eine Wand des Rathauses mit großen Buchstaben: „Franz Josef lehre zurück, alles verziehen!“ Vor wenigen Wochen war in der Triester Straßen ein Plakat angehängen, das folgenden Inhalt hatte:

Faschistische Partei.
 Am ... findet eine große Versammlung statt, in der Herr ... über das Thema sprechen wird:
 Der Vertrag zwischen Faschismus und Vatikan.

Faschisten!
 Ihr seid verpflichtet, der Versammlung beizuwohnen!

Zu dieser Zeit kam nach Triest ein Ensemble venezianischer Komiker, und die Plakatstreifen, die sie ansetzen ließen, wurden so angebracht, daß sie den unteren Teil der faschistischen Ankündigungen bedeckten. Aus einiger Entfernung sah man die beiden Plakate so aus, als ob es nur eines wäre, und die verblüfften Triestiner konnten lesen:

Faschistische Partei.
 Am ... findet eine große Versammlung statt, in der Herr ... über das Thema sprechen wird:
 Der Vertrag zwischen Faschismus und Vatikan.

Faschisten!
 „Hosen herunter!“

Zum Rektor der deutschen Universität in Prag wurde für das nächste Studienjahr Professor August Raagle (Theologische Fakultät) gewählt. Raagle wird das Amt des Rektors zum drittenmal bekleiden. Er war 1918 bis 1920 Rektor, dann in der ersten Legislaturperiode als deutschnationaler Senator auch politisch tätig.

Bom Rundfunk.

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag.
 Prag: 11.15 Schallplattenmusik. 16.25-17.25 (Sendung nach Brünn und Břehburg) Kammermusik. 17.40 Deutsche Pressenachrichten. 17.45 Deutsche Sendung: Lehrer Alfred Scholz, Prag: „Märchenvorlesung“. Landwirtschaftliche Sendung: Ing. Artur Wähler: „Silobau und Silofutterverwertung“. 19.20 (Sendung nach Brünn, Agrar und Paris) „Die verkaufte Braut“, Oper von V. Smelana. — Brünn: 12.30-13.30 (Sendung nach Prag) Konzert. 17.40 Deutsche Sendung: Pressenachrichten. Dr. K. Langer: Die Haftung für Schäden aus dem Automobilbetrieb. Prof. Dr. Eugen Jisek: Augenblicksbilder aus der Literatur. 2. Teil. Das Bühnenfenster. — Přeburg: 11.30 Deutsche Pressenachrichten. — Dobruška: 21.25 „Turandot“, 2. Akt, Oper von Puccini. — London: 18.45 Haydn: Streichquartett. 20.00 Mendelssohn-Programm. — Brüssel: 20.15 Konzert. — Paris: 18.35 und 20.35 Konzerte. — Berlin: 19.00 „Streifzüge durch die Optik“, 2. Teil. 20.00 „Emigranten“, Schauspiel von Leo Janáček. — Stuttgart: 18.30 Das Studium der Volkswirtschaftslehre. 20.15 „Nannette Ritouche“, Pöffe mit Gesang, anschließend „Der Vogel in der Muffel“. — Leipzig: 19.00 „Neues vom Radium“. 20.00 Aus italienischen Opern. — Breslau: 18.15 Hans Pfitzner: Jun 60. Geburtstag. 18.40 Die Schulentlassenen und der Verghn in Oberschlesien. 20.50 Mit dem. Mikto durch Breslau. — München: 19.35 „Nigolotto“, Oper von G. Verdi. — Langenberg: 20.00 Aus dem Stadttheater in Dortmund. „Hofmanns Erzählungen“, Oper von Offenbach. — Königsberg: 19.50 Neues aus aller Welt. 20.50 Orchester-Abend. — Frankfurt: 19.15-20.05 Wissenschaft und Technik. — Wien: 20.00 Konzert. 21.30 Finnische Musik, anschließend Bildant. — Zürich: 20.00 Opernmusik. — Bern: 21.00-22.00 und 22.15-22.45 Konzerte. — Mailand: 20.30 Symphonisches Orchester. — Stockholm: 19.45 Orchesterkonzert. — Oslo: 20.30 Kammermusik. 21.00 Chorkonzert. — Silverjum: 19.41 Kammermusik. 20.10 Orchester. — Warschau: 20.15 Symphonisches Konzert. — Budapest: 19.30 Uebertragung aus dem Opernhaus.

Volkswirtschaftliche Spielerei. Englische Blätter teilen auf Grund telegraphischer Berichte aus Moskau mit, daß den linksradikalen Sekretär des englischen Bergarbeiterverbandes Arthur Cool in Rußland ein unerwartetes Geschick getroffen hat. Er wurde seines Titels als Ehrenmitglied des Moskauer Sowjets verlustig erklärt und auch aus der Liste der Ehrenstudenten der russischen Bergwerkakademie gestrichen. Cool erklärte, gar nicht gewußt zu haben, diese beiden Ehrentitel zu besitzen, um so lächerlicher erscheint dieses Bescheidensleudern aus der Fremde gegen jemand, den die Kommunisten in Rußland gar nicht respektieren können. Cool ist nämlich nicht einmal Kommunist. Er war nur ein ungeduldiger Stänkerer „linker“ Richtung, dessen Popularität seit dem mißglückten Generalstreik stark gelitten hat und der sich mit einer Rede, in der er, in Ehrfurcht zerfließend, den Prinzen von Wales feierte, nun vollends mit Lächerlichkeit bedeckte.

Zwanzig Jahre Naturfreunde-Bewegung in Sachsen. Aus diesem Anlaß veranstaltet der Reichsausschuß des Touristenvereines „Die Naturfreunde“ ein Ausflug, am Samstag, den 29. und Sonntag, den 30. Juni 1929, eine Wanderfahrt nach Dresden, um an den Festlichkeiten unserer Bruderorganisation teilzunehmen. Das reichhaltige künstlerische Festprogramm bürgt für einen zahlreichen Besuch. Die Reisekosten betragen mit Nächtigung vom Samstag auf den Sonntag und Frühstück, ferner Festkarte für alle Veranstaltungen einschließlich der Ausstellung „Reisen und Wandern“, Bahnfahrt Bodenbad-Dresden und zurück und Sammelpostgebühren 50 K, ohne Nächtigung und Frühstück 45 K. Falls Mittagsmahl gewünscht wird, sind 16 K mehr zu entrichten. Nicht organisierte Teilnehmer zahlen 5 K mehr. Mit der Anmeldung sind 30 K Anzahlung zu leisten, Restbetrag ist bei Einhandigung des Teilnehmerausweises zu erlegen. Letzter Meldetermin Montag, 10. Juni. Nähere Angaben im „Wanderprospekt“ der kostenlos durch die Geschäftsstelle des T. V. „Die Naturfreunde“, Zils Aufsitz, Marktplatz 11, angefordert werden kann.

Die diebische Komtesse kommt vor den Schnellrichter. Die Komtesse Monroy, die geständig ist, den Juwelendiebstahl an der Gräfin Hermersberg, ihrer Tante, begangen zu haben, wird sich bereits Donnerstag vormittags vor dem Schnellrichter zu verantworten haben. Obwohl der Staatsanwalt wie die Verhaftete haben sich mit dieser Erledigung des Falles einverstanden erklärt.

Mitgliedliches aus Mexiko. Wie Telegramme aus Queretaro in Mexiko melden, haben Aufständische in Cortes den von Quadalajara nach Mexiko fahrenden Zug zur Entgleisung gebracht. Die Waggons des Zuges führten über die Böschung, und die Aufständischen eröffneten das Feuer auf die Reisenden. Einer der Reisenden wurde verletzt.

Eine jugendliche Enderbände. In Leipzig wurden am Montag sieben Personen verhaftet, die vor einiger Zeit im Keller, Lagerkammer und Büro des Dresdner Güterbahnhofs einen Einbruch verübt hatten. Außerdem konnten ihnen noch verschiedene Einbrüche in einer Getreide- und Futtermittelhandlung und in eine Kartoffel-Großhandlung nachgewiesen werden. Alle sieben Personen sind jugendliche und teilweise kaum aus der Schule entlassen.

